

## Steinbrück kündigt neun Reformen in 100 Tagen an

**Berlin.** Deutschlands Sozialdemokraten wollen im Falle einer Regierungsübernahme nach der Bundestagswahl am 22. September binnen 100 Tagen einen Politikwechsel einleiten. Zu den neun Prioritäten zählen die Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns von 8,50 Euro pro Stunde und eine Solidarpension von 850 Euro für langjährige Beitragszahler, sagte SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück am Donnerstag.

Die Anhebung des Spitzensteuersatzes auf 49 Prozent ab Jahreseinkommen von 100.000 Euro steht ebenso auf dem Programm wie die strengere Regulierung der Finanzmärkte, der Aufbau einer Bankenunion und eines von Banken finanzierten Abwicklungsfonds. Eine von den Sozialdemokraten geführte Bundesregierung werde zudem das „unsägliche“ Betreuungsgeld für Eltern wieder abschaffen, die Kleinkinder zu Hause erziehen. Angegangen werden sollen auch eine doppelte Staatsbürgerschaft sowie eine Mitpreisbremse. „Die SPD steht für höhere Steuern und unfinanzierbare Versprechen“, kommentierte CDU-Generalsekretär Hermann Gröhe die Ankündigungen.

### Spannung vor TV-Duell

Steinbrück präsentiert sein Neun-Punkte-Vorhaben unmittelbar vor dem großen TV-Duell mit Kanzlerin Angela Merkel am Sonntagabend. 2009 sahen 14 Millionen Deutsche zu, vier Jahre davor waren es sogar 20 Millionen. Im ZDF-Politbarometer äußerten 30 Prozent der Befragten die Erwartung, dass Merkel besser abschneiden werde. 15 Prozent glauben, dass sich Steinbrück besser schlagen werde. ■

Die FDP kämpft um den Einzug in den Bundestag, Vorsitzender Rösler muss es richten

# Wahlkämpfer wider Willen

Von WZ-Korrespondent Michael Pöppel

## ■ Wahlkampfauftakt in Berlin: Bier, Bratwurst und Steuerversprechen.

**Berlin.** Die „Domäne“ ist ein beliebter Ökobauernhof mit Biomarkt im gutbürgerlichen Zehlendorf. Die Berliner Gegend erinnert an Wiener Nobelbezirke wie Hietzing oder Döbling und ist gut gewählt für den liberalen Wahlkampfauftakt. Denn im Wahlkreis Steglitz-Zehlendorf gingen 2009 fast 17 Prozent der Stimmen an die Liberalen. Die Damen werden Wange links, Wange rechts sitzend abgusselt, man führt Smalltalk: „Ich lobe Sie heute

ganz besonders“, sagt eine ältere Dame zu FDP-Landesvorsitzenden Martin Lindner, „toller Schlips!“

Dann endlich kommt der Star der Veranstaltung in einem Pulk von grauen Anzuträgern, die Musik setzt aus und Applaus ein: Parteichef Philipp Rösler macht vier Wochen vor der Wahl Station in Berlin. Die Hauptstadt ist traditionell ein hartes Pflaster für die Liberalen, eine der bittersten Stunden als Parteivorsitzender erlebte Rösler hier. Nur 1,8 Prozent

der Stimmen holte die FDP bei der Abgeordnetenhauswahl vor zwei Jahren. Erst ein halbes Jahr zuvor hatte Rösler den Vorsitz der Partei übernommen. Lange war er in der FDP umstritten, nun herrscht demonstrativer Frieden. Der schlagfertige und volksnahe Spitzenkandidat Rainer Brüderle hält sich seit der „Drindl-Affäre“ um anzügliche Aussagen gegenüber einer Journalistin zurück, der hölzerne Rösler muss die Kohlen aus dem Feuer holen.

Einen Wahlkampf zu führen zählt nicht zu Röslers Stärken. Unsicher wirkt der 40-Jährige, als er das Rednerpult betritt, das Publikum beklatscht dennoch jeden seiner Sätze über den „starken

deutschen Mittelstand“: „Deutschland geht es gut, den Menschen geht es gut!“, bilanziert er. Zuspätschlag von den Biertischen. 1,6 Millionen neue Arbeitsplätze habe die schwarz-gelbe Koalition in vier Jahren geschaffen, zum ersten Mal habe eine Bundesregierung am Ende weniger Schulden als zu Beginn ihrer Amtszeit.

### Grüne als Zielscheibe

Seit 2009 gibt die FDP den Juniorpartner in der Koalition mit der konservativen Union. Groß war die Harmonie nicht zwischen den Parteien, trotzdem wollen beide eine Neuauflage. Mittlerweile aufgetaut, artikuliert Rösler die Ziele für die kommende Legislaturperiode selbstbewusst: „Den Solidaritätsbeitrag abschaffen!“, „Keine Steuererhöhungen!“ Dann wendet er sich an die potenziellen Wechselwähler im Publikum: „Jürgen Trittin (der Spitzenkandidat der Grünen, Anm.) ist nicht der Robin Hood, für den er sich ausgibt, sondern der böse Räuber Hotzenplotz mit der Steuerkeule!“

Überhaupt dienen die Grünen bei der Veranstaltung gerne als Zielscheibe. Die Jungliberalen haben einen Wald an Verbotsschildern aufgebaut, um zu demonstrieren, was mit Rot-Grün drohe: Rauchverbot, Flugverbot, Zirkusverbot für Wildtiere. „Freiheit“ ist das Wort, das Rösler am häufigsten benutzt. „Wir wollen einen Staat, der Sie in Ruhe lässt, aber nicht im Stich“, sagt er zum Schluss seiner Rede. Dann setzt die Band ein, spielt einen Song von Louis Armstrong, der sinnbildlich für den desaströsen Zustand der Partei ist: „I can't give you anything but love, Baby.“ ■



Selten begehrt: Parteichef Rösler (M.) wird von Mitgliedern der Jungliberalen umringt. Foto: Pöppel

# Die gefangenen Mehrheitsbeschaffer

Von Alexander Dworzak

## ■ FDP und Grüne haben sich einem Koalitionspartner verschrieben.

**Berlin/Wien.** Lang ist die Ahnengalerie der FDP, sie ziert Namen wie Ex-Außenminister Hans-Dietrich Genscher und den Star-Soziologen Ralf Dahrendorf. Dementsprechend ausgeprägt ist das Selbstbewusstsein als dritte Kraft – in der Vergangenheit mit Recht: 29 Jahre en suite, von 1969 bis 1998, war die FDP Teil einer Koalition, und seit 2009 regiert sie wieder mit. Denn anders als in Österreich war die große Koalition im Nachkriegsdeutschland nicht gern gesehen, die FDP spielte früher als einzige Mehrheitsbeschafferin das Zünglein an der Waage. Bis 1982 regierte eine sozialliberale Koalition, danach wechselten die Liberalen die Fronten und wählten die CDU unter Helmut Kohl als Partner.

Der Kanzler der Einheit ist längst Geschichte, doch bis heute klammert sich die FDP an die Konservativen. Schwarz-Gelb ist für die Liberalen zur einzig denkmöglichen Koalition geworden, während sich die Beziehungen zur SPD – mit einer kurzen, taktisch bedingten Ausnahme unter deren Kanzler Gerhard Schröder

– kontinuierlich verschlechtert haben. Eine Ampelkoalition aus SPD, Grünen und FDP gilt derzeit überhaupt als denkmöglich.

Mit Ach und Krach erreichen die Liberalen in Umfragen die Fünf-Prozent-Hürde für den Einzug in den Bundestag. Angesichts von 14,6 Prozent bei der Wahl 2009 steht damit der erste Verlierer des Urnengangs am 22. September fix fest. Schafft Schwarz-Gelb wieder die Mehrheit, wird die Starre in der Partei nochmals durch den vermeintlichen Erfolg der erneuten Koalition übertüncht. Die FDP benötigt aber dringend inhaltliches Profil – statt Klientelpolitik für wenige und hohlen Phrasen zur Marktwirtschaft – sowie eine neue Parteispitze statt Urgestein Rainer Brüderle und dem als inhaltslos wahrgenommenen Philipp Rösler.

### „Koch und Kellner“

Koalitionstechnisch nicht viel besser ist die Lage der Grünen. Acht Jahre sind bereits vergangen, seitdem das Duo Gerhard Schröder-Joschka Fischer abgewählt wurde. „Der Größere ist Koch, der Kleine-

re ist Kellner“, gab Sozialdemokrat Schröder einst die Devise aus. Fischer – wie sein SPD-Gegenüber mit ausgeprägtem Ego ausgestattet – musste die öffentliche Demütigung zähneknirschend hinnehmen. Wie die FDP sind auch die Grünen auf einen Partner abonniert. Die einzige schwarz-grüne Koalition in den Bundesländern scheiterte in Hamburg 2010 nach nur zwei Jahren. Zwar hat sich Kanzlerin Angela Merkel die Energiewende auf ihre Fahnen geschrieben, aber die gesellschaftspolitischen Differenzen zwischen Grünen und Konservativen scheinen auf Bundesebene noch zu groß. Also sieht die Öko-Partei seit Monaten hilflos zu, wie SPD-Kandidat Peer Steinbrück nicht Tritt fasst und Rot-Grün in weite Ferne rückt.

### Und ewig winkt die Linke

Das Gespenst „R2G“ geistert daher momentan durch Berlin, eine Allianz zwischen SPD, Linken und den Grünen – wie jedes Mal, wenn es für Sozialdemokraten und Grüne nicht reicht. Seit sich Kritiker von Schröders Reformpolitik von der SPD abgewandt hatten und schließlich mit der ostdeutschen SED-Nachfolgerin zur Linken fusionierten, kam die SPD nicht mehr auf Platz eins. Ohne die Stimmen der Linken – sie

liegt in Umfragen bei zehn Prozent – ist die Wende in weiter Ferne. Offiziell schreckt das Nein der Linken zu Militäreinsätzen im Ausland und zum Euro-Rettungs-

kurs SPD und Grüne ab. Dazu kommt die Unberechenbarkeit der zwischen ostdeutschen Pragmatikern und westdeutschen Fundis gespaltenen Linken. ■

